Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (1994)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Autor: Nuspliger, Kurt / Krähenbühl, Renato / Etter, Jacqueline

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-418217

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

2. Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Staatsschreiber: Dr. Kurt Nuspliger
Vizestaatsschreiber: Renato Krähenbühl
Vizestaatsschreiberin: Jacqueline Etter (bis 31. 3. 94)
Vizestaatsschreiber: Michel Schwob (ab 1. 4. 94.)

2.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Die Staatskanzlei ist Stabs- und Verbindungsstelle des Grossen Rates und des Regierungsrates. Diese Aufgabe ist in Artikel 92 der neuen Kantonsverfassung festgeschrieben.
Die Staatskanzlei ist mitverantwortlich dafür, dass die Führungsgremien (Grosser Rat, Regierungsrat) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf zweckmässige Weise unterstützt werden. Dazu gehören

- die zeitgemässe Anpassung der Rechtsgrundlagen (Grossratsgesetz und Geschäftsordnung für den Grossen Rat). Die letzte Änderung der Geschäftsordnung vom 15. März 1994 trat am 1. Juni 1994, zu Beginn der neuen Legislaturperiode, in Kraft.
- die Vorbereitung und Durchführung der Sessionen
- die Betreuung der Kommissionen – insbesondere der Aufsichtskommissionen – und die Dokumentations- und Beratungsdienste für die Ratsmitglieder
- der Ausbau der parlamentarischen Infrastruktur: In der Juni-Session hat der Grosse Rat Kenntnis genommen von einem Bericht für die Erneuerung und Verbesserung der technischen Anlagen im Rathaus (Ersatz der Telefonzentrale, Ersatz der Dolmetscherinstallation, Installationen für eine elektronische Abstimmungsanlage und einen Leitungsträger für die künftige elektronische Vernetzung der Räume, Ersatz der Lüftungsanlage).

Der Regierungsrat bestimmt – unter Vorbehalt der Zuständigkeiten des Parlaments – die Ziele des staatlichen Handelns. Er plant und koordiniert die Aktivitäten des Kantons. Bei der Wahrnehmung dieser – auch von der neuen Verfassung bestätigten – Leitungsfunktion ist er auf die Unterstützung durch Stabsdienste angewiesen. Die Staatskanzlei hat bei der Vorbereitung und Durchführung der Regierungssitzungen zahlreiche Funktionen wahrzunehmen. Dazu gehört auch die Vorbereitung der Klausursitzungen, an denen sich der Regierungsrat mit grundlegenden und langfristigen Fragestellungen befasst (11 Klausurtagungen im Jahre 1994, unter anderem zu den Themen politische Gesamtplanung, Anschlussprogramm, Verhältnis des Kantons zu den öffentlichen Unternehmen, Konsequenzen aus der neuen Verfassung, Information und Öffentlichkeitsarbeit, Berner Jura, Aufgabenverteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden).
Der Staatskanzlei kommen auch im Rahmen der Verwaltung Koordinationsaufgaben zu. Sie führte im Berichtsjahr mehrere Sitzungen und Klausurtagungen der Direktionssekretärenkonferenz (DSK) und der Gesamtstabskonferenz (GSK) durch. In der Gesamtstabskonferenz sind neben den Direktionssekretären auch die Verantwortlichen der Direktionen für die Ressourcen (Finanzen, Personal, Informatik) vertreten.
Unter der Federführung der Staatskanzlei wurde eine Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) vorbereitet, welche am 18. Januar 1994 vom Grossen Rat verabschiedet wurde. Die Gesetzesänderung trat auf den 1. Januar 1995 in Kraft und enthält die folgenden Schwerpunkte:

- Änderung der politischen Rechte für Auslandschweizer
- Anpassungen an die neue Verfassung (u. a. Einführung des Volksvorschlages)
- Vereinfachung der brieflichen Stimmabgabe (Abschaffung des Stimmkuverts; Nebeneffekt für den Kanton: Jährliche Einsparungen von Fr. 50 000.–)
- Verbesserungen für den Versand des Werbematerials

Am 17. April fanden die Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Die Grossratswahlen brachten mit 209 Listen sowie 1638 Kandidaten und Kandidatinnen einen neuen Rekord. Unter der Federführung des Amtes für Zentrale Dienste wurden die Wahlen vorbereitet. Dank der guten Zusammenarbeit mit den Regierungsstatthalterämtern und den Gemeinden sowie des Einsatzes der Wahlausschüsse konnten die Wahlergebnisse fristgerecht ermittelt und bekanntgegeben werden.
Im Zusammenhang mit dem Berner Jura hat die Staatskanzlei wichtige Vorarbeiten geleistet, so für die neue Gesetzgebung über die Verstärkung der politischen Mitwirkung des Berner Jura und der französischsprachigen Bevölkerung des Amtsbezirks Biel sowie für die Vereinbarung betreffend die Institutionalisierung des interjurassischen Dialogs und die Bildung der Interjurassischen Versammlung.
Im Bereich Information und Öffentlichkeitsarbeit standen die Vorbereitungsarbeiten für die Inkraftsetzung des Informationsgesetzes im Vordergrund. Für den damit verbundenen Wechsel vom Geheimhaltungsprinzip zum Öffentlichkeitsprinzip (mit Geheimhaltungsvorbehalt) galt es, eine praxisgerechte Anwendung für den Kanton wie für die Gemeinden und die übrigen gemeinderechtlichen Körperschaften vorzubereiten. Die Arbeiten wurden einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe unter der Leitung der Staatskanzlei übertragen. Um die einheitliche Anwendung der Informationsgesetzgebung zu gewährleisten, wurden Checklisten erarbeitet. Schliesslich organisierte die Staatskanzlei insgesamt vier Informationsveranstaltungen, an denen über 350 Personen teilnahmen.
Ende 1994 wurde im Bereich Öffentlichkeitsarbeit eine Überprüfung eingeleitet. Sie soll es ermöglichen, vor dem Hintergrund knapper Ressourcen eine zweckmässige Neuorganisation zu realisieren.
Im Staatsarchiv sind die Erschliessungsarbeiten an den abgelieferten Archivalien der Zentralverwaltung soweit gefördert worden, dass nun Neuablieferungen laufend bearbeitet werden können. Dies ist im Zusammenhang mit dem neuen Informationsgesetz von grosser Bedeutung.
Im Bereich der Fachstelle für das Ausstellungswesen hat der Grosse Rat während der September-Session 1994 die Neuorganisation des Ausstellungswesens zur Überarbeitung zurückgewiesen und dabei wichtige Leitplanken gesetzt. Die Staatskanzlei beabsichtigt, im Jahre 1995 ein überarbeitetes Konzept vorzulegen.
Wesentliche Ressourcen der Staatskanzlei wurden im Berichtsjahr auch durch die Erarbeitung des Richtlinienberichtes 1994 gebunden. In den Richtlinien der Regierungspolitik 1994 bis 1998 wurde versucht, die politische Planung und die Finanzplanung aufeinander abzustimmen. Es galt dabei unter anderem, das Massnahmenpaket Haushaltgleichgewicht III inhaltlich wie auch bezüglich des Projektablaufes in den Richtlinienbericht zu integrieren.
Die Kantonale Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (GSS) legte ihren ersten Tätigkeitsbericht vor, der über die Jahre 1990 bis 1994 Auskunft gibt. Neben der grossen Aufbauarbeit, die in einer ersten Zeit geleistet werden musste, zeigt sie darin auf, dass Gleichstellungsfragen als Querschnittsaufgabe in alle Lebensbereiche hineinreichen. Der Personalbestand macht es notwendig, dass die GSS in ihrer Arbeitsplanung Prioritäten setzt; sie orientiert sich dabei an den in der Bundesverfassung explizit genannten Bereichen Familie, Ausbildung und Arbeit.
Die Arbeitsgruppe «Taten statt Worte» (AGTsW) hat sich in diesem Jahr mit der Festigung ihrer Strukturen befasst, um sich in den verschiedenen Planungs- und Beratunsgremien der Staatskanzlei (Arbeitsgruppe «Controlling», Stab) zu integrieren. Ausserdem or-

ganisierte sie Anlässe mit Frauen, die im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen. Das Ziel solcher Veranstaltungen besteht darin, Möglichkeiten, die Frauen offen stehen, bewusst zu machen, und die Vernetzung der Institutionen sicherzustellen.

2.2 Bericht der Ämter

2.2.1 Amt für Zentrale Dienste

Das Amt für Zentrale Dienste koordiniert die Tätigkeit der anderen Organisationseinheiten der Staatskanzlei und betreut die inneren Dienste. Im personellen Bereich bedeutet dies, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes auch im Berichtsjahr in verschiedensten Arbeitsgruppen zum grössten Teil leitende Funktionen wahrnehmen konnten. Einmal mehr zeigte es sich dabei, dass die Belastung des Personals an der obersten Grenze angelangt ist. Insbesondere mit einem gezielten Einsatz der Informatik wird versucht, noch vorhandenes Rationalisierungspotential auszuschöpfen.
Wichtige Grundlage bildet dabei das neue EDV-Netzwerk in den umgebauten Gebäuden der Postgasse 68, das sich im ersten Jahr bestens bewährt hat. Die universelle Verkabelung, die auch in den weiteren Umbauphasen an der Postgasse 70 und 72 vorgesehen ist, erlaubt eine flexible Nutzung der Anschlüsse, ohne dass bei der Verkabelung Mehrkosten entstehen.
Zusätzlich zu den normalerweise anfallenden Arbeiten konzentrierten sich die Reorganisationsbestrebungen auf die drei folgenden Projekte:
- Nationalratswahlen 1995: Für die Durchführung der Nationalratswahlen wurden die Vorbereitungen insbesondere im Bereich der Informatik aufgenommen. Es geht darum, die Gemeindedaten dezentral in ausgewählten Amtsbezirken zu erfassen. Mit dem Projekt KAWASYS (Kantonales Wahlsystem) sollen die vorhandenen Strukturen optimal genutzt und die zentralen Datenerfassungsstellen, die inskünftig nicht mehr in der bisherigen Art und Weise zur Verfügung stehen, entlastet werden.
- Automatisierung der Abrechnungen des Grossen Rates: Die Abrechnungen des Grossen Rates (Sessionen und Kommissionen) und der Hilfsdienste für den Grossen Rat sollen soweit als sinnvoll automatisiert werden. Weiter sollen mehrfache Datenerfassungen eliminiert werden, so dass erhebliche Vereinfachungen möglich sind.
- BELEX: Mit einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe sollen die kantonalen Gesetzessammlungen EDV-mässig verwaltet werden. Dabei soll verwaltungsintern und verwaltungsextern eine Arbeitserleichterung erzielt werden.

Die Bernische Systematische Gesetzessammlung wird im wesentlichen durch eine Person mit einem Arbeitspensum von 50 Prozent betreut. Da der Nachtrag zur Bernischen Systematischen Gesetzessammlung wie im Jahr 1993 umfangreicher als üblich ausgefallen ist, ergeben sich Verzögerungen in der Auslieferung. Um inskünftig solche Arbeitsspitzen aufzufangen, wurde das Informatikprojekt BELEX initialisiert.
Wer die Bernische Amtliche Gesetzessammlung (BAG) abonniert hat, verfügt jederzeit über den aktuellen Stand der Gesetzgebung.

2.2.2 Amt für Sprachendienste

2.2.2.1 *Vertretung beider Landessprachen in der Kantonsverwaltung*

Der französischsprachige Personaldienst (Service Personnel-F) hat sich mit Erfolg um die Vermittlung der drei FJB-Angestellten gekümmert, die ihre Tätigkeiten aufgrund des neu geschaffenen Regionalrats eingestellt haben.

2.2.2.2 *Übersetzung*

Der Zentrale Übersetzungsdienst (ZÜD) hat sich darauf konzentriert, die Fristen im Zusammenhang mit der Einführung der Bernischen Amtlichen Gesetzessammlung (BAG) einzuhalten. Dank der Anstrengungen seitens der direktionsinternen Übersetzungsdienste konnten jegliche Schwierigkeiten oder Pannen vermieden werden. Gegen Jahresende wurde der ZÜD sehr stark durch die französische Fassung des Handbuchs des bernischen Verfassungsrechts in Anspruch genommen.

2.2.2.3 *Terminologie*

Der Zentrale Terminologiedienst (ZTD) konnte bei der neuen LINGUA-PC-Version einige Verbesserungen anbringen und den terminologischen Datenbestand weiter ausbauen. Ausserdem wurde eine umfangreiche Arbeit der Datenaktualisierung und -überprüfung durch Expertinnen und Experten aus den Direktionen in Angriff genommen.
Der ZTD hat im Oktober am jährlich stattfindenden Treffen der CompuTerm-Gruppe teilgenommen, an dem Vertreterinnen und Vertreter von schweizerischen Institutionen zusammenkommen, die auf dem Gebiet der Terminologie aktiv sind. Seit diesem Jahr ist er ebenfalls in der Schweizer Delegation des Rates für Deutschsprachige Terminologie (RaDT) vertreten, der auf Initiative der nationalen UNESCO-Kommissionen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz geschaffen wurde.

2.2.2.4 *Politische Mitwirkung*

Nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes über die politische Mitwirkung durch den Grossen Rat im Januar (s. Ziff. 2.1) hat der Dienst der Juradelegation des Regierungsrates (JUD) die entsprechende Vollzugsverordnung ausgearbeitet, die vom Regierungsrat am 25. Mai verabschiedet wurde. Parallel dazu wurde die Konvention zur Bildung der Konferenz der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten verfasst. 40 Gemeinden aus dem Berner Jura und die beiden Gemeinden des Amtsbezirks Biel traten im Juni der Konferenz bei. Das ASD hat sich im Anschluss daran mit der Errichtung des Regionalrats befasst. Insbesondere führte es während der vier Sitzungen, die der Regionalrat bis Ende Jahr abhielt, interimistisch dessen Sekretariat. Das ASD befasste sich ebenfalls mit der Errichtung des Regionalratssekretariats in Moutier, das Anfang 1995 seine Tätigkeiten aufnehmen wird.
Im Anschluss an die Veröffentlichung des Haenni-Berichts hat der JUD im Frühjahr neun konferenzielle Anhörungen (Hearings) durchgeführt, um in den verschiedenen Kantonsteilen die Reaktionen zu diesem Bericht aufnehmen zu können. Zu Wort kamen dabei Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Erziehung. Gegenwärtig wird ein Synthesebericht dieser Anhörungen erarbeitet; er soll dem Regierungsrat im Jahre 1995 vorgelegt werden.

2.2.2.5 *Laufental*

Der Übertritt des Amtsbezirks Laufen zum Kanton Basel-Landschaft wurde am 1. Januar vollzogen. Die Verhandlungen über die güterrechtliche Auseinandersetzung kamen seither gut voran. Im übrigen hat der Regierungsrat am 21. Dezember eine Vereinbarung betreffend die am 31. Dezember 1993 sich im Eigentum des Kantons Bern im Laufental befindenden Immobilien und Mobilien unterzeichnet.

2.2.3 Staatsarchiv

2.2.3.1 *Öffentlichkeitsarbeit*

Im Jahr 1294 ist zum ersten Male in Bern ein Grosser Rat gewählt worden. Das Staatsarchiv hat bei der Jubiläumsfeier im Grossratssaal mitgewirkt und eine wissenschaftliche Edition des sog. «Batstuber-Briefes» von 1294 erarbeitet. Auch beim Jubiläum «150 Jahre Nydeggbrücke» war das Staatsarchiv massgeblich beteiligt, um die historische Bedeutung dieses für die Verkehrsentwicklung von Stadt und Region Bern wichtigen Bauwerkes einer breiteren Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen. Obwohl im Berichtsjahr keine Ausstellung präsentiert wurde, war das Interesse für Führungen im Staatsarchiv gross (51 Veranstaltungen mit rund 900 Personen).

2.2.3.2 *Erschliessung und Benützung*

Die Erstellung moderner Inventare der Bezirksarchive, die für die regionale Geschichtsforschung von grosser Bedeutung sind, ist weitergeführt worden; sie fehlen jetzt noch für neun Amtsbezirke. Das Staatsarchiv konnte seine Sammlung von Bildquellen um über 3000 Stück vergrössern. Es hat damit begonnen, die Ansichtkarten-Sammlung nach Orten mit Informatikmitteln zu erfassen.
Leider konnte die Zusammenführung der Kirchenbücher – offenbar wegen des Widerstandes von seiten gewisser Zivilstandsämter – nicht im gewünschten Masse gefördert werden; die vom Grossen Rat bewilligten Mittel zur Mikroverfilmung dieser einzigartigen Quellen konnten daher nicht im vorgesehenen Rahmen eingesetzt werden. Dabei ist im Lesesaal die Nachfrage nach diesen Kirchenbüchern nochmals markant gestiegen: 10 270 Einheiten (Vorjahr 6900). Die Lesesaalfrequenz erhöhte sich erneut: Rund 6600 Besuche (Vorjahr 6000).

2.2.3.3 *Bewahrung von Kulturgütern*

Die Deshydrierungsanlage war im Berichtsjahr praktisch ausgelastet. Ablieferungen historischer Bezirksarchivalien, die häufig von Mikroorganismen befallen sind, werden in einer auswärtigen Spezialfirma behandelt, bevor sie in die Depoträume des Staatsarchivs eingegliedert werden: Damit kann eine Kontamination der vorhandenen Bestände vermieden werden. Im Atelier konnte die Restaurierung der ersten Karte des bernischen Staatsgebietes (Thomas Schoepf, 1577/78), von der nur wenige vollständige Exemplare erhalten sind, abgeschlossen werden.
Wiederum hat das Staatsarchiv in verschiedenen Kursveranstaltungen praktische Hinweise zum Kulturgüterschutz für Archivbestände vermittelt.

2.2.4 Amt für Information und Öffentlichkeitsarbeit

2.2.4.1 *Allgemeines*

Die Inkraftsetzung des neuen Gesetzes über die Information der Bevölkerung (Informationsgesetz) auf den 1. Januar 1995 bestimmte die AIÖ-Aktivitäten nachhaltig. Einerseits galt es, bei der Vorbereitung der möglichst praxisnahen Einführung in der Kantonsverwaltung, in den Gemeinden und den gemeinderechtlichen Körperschaften federführend mitzuwirken. Andererseits nahm auch die Beratungstätigkeit in Fragen der Information der Öffentlichkeit zugunsten von Direktionen, Ämtern und Dienststellen der Kantonsverwaltung sowie der Gemeinden stark zu. Weitere markante Ereignisse waren die Medienarbeit für die öffentlichkeitswirksame Begleitung der Grossrats- und Regierungsratswahlen von Ende April (Medienzentrum im Rathaus) und die Realisierung der neu konzipierten bausteinartigen Medienausbildung für Kader. Von diesem Ausbildungsangebot für das Kader der kantonalen Verwaltung wurde reger Gebrauch gemacht.

2.2.4.2 *Informationsdienst*

Das AIÖ legt weiterhin ein Hauptgewicht seiner Bemühungen auf die professionelle Aufbereitung der Pressetexte, die Ende Jahr von 210 Abonnenten in deutscher und von 69 in französischer Sprache bezogen wurden. Über Fax oder per Post verbreitet wurden 433 Communiqués mit insgesamt 748 Seiten. Dank neuen technischen Möglichkeiten konnte die zeitgleiche Übermittlung von Pressetexten an die rund 80 Fax-Abonnenten realisiert werden. Damit kann die Gleichbehandlung der Medien auch in zeitlicher Hinsicht gewährleistet werden. Ein Schwergewicht bildeten auch die Anstrengungen für eine verbesserte Aufbereitung der Dokumentationen für die 86 Medienkonferenzen und für die Auswertung der Ergebnisse (Spezial-Presseschauen). Diese Massnahmen waren zwar einerseits mit beträchtlicher Mehrarbeit und höheren Kosten verbunden. Sie rechtfertigen sich jedoch durch ein verbessertes Ergebnis in den Medien. Im Bereich des Informationsdienstes wachsen die Ansprüche der Medienredaktionen und damit auch die Anforderungen an das AIÖ weiter an. Deshalb wurde Ende 1994 eine Überprüfung der organisatorischen und personellen Strukturen eingeleitet. Sie soll die Basis für eine zeitgemässe und leistungsfähige Neuorganisation bilden.
Im Bereich der internen Information wurde das neue Konzept der Personalzeitschrift «BE-info» realisiert. Es hat sich nach einigen Modifikationen bewährt.

2.2.4.3 *PR-Dienst*

Die Vorbereitungen für eine neue Broschüre «Der Kanton Bern in Zahlen» und die Erarbeitung eines praxisnahen Leitfadens für die Umsetzung des «Corporate Identity» (Neues Erscheinungsbild) bildeten zwei Schwerpunkte im Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Die seit Herbst 1992 für diesen Bereich im AIÖ integrierte Stelle wurde im Herbst frei und vorläufig nicht wieder besetzt. Diese Situation bot die Gelegenheit, die Möglichkeiten und Grenzen des PR-Dienstes zu überprüfen. Im Jahr 1995 soll aufgrund dieser Analyse über die Zukunft des PR-Dienstes entschieden werden.

2.2.5 Ratssekretariat

Der Tätigkeitsbericht des Ratssekretariats und des Grossratsrevisorats befindet sich im Teil C, Besondere Berichte.

2.2.6 Kantonale Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern

2.2.6.1 *Allgemeines*

Im Berichtsjahr wurde der Tätigkeitsbericht der ersten Vierjahresperiode (1990–1994) erarbeitet und im August im Beisein des Regierungspräsidenten der Öffentlichkeit vorgestellt. Der bevorstehende Grossratsbeschluss über die Weiterführung der Stelle und die Motion Streit (Umwandlung der GSS in eine Stelle für Familienfragen) lösten eine breite Diskussion aus.
Die Dienstleistungen der Stelle sowie ihre fachliche Mitarbeit an öffentlichen Veranstaltungen wurden häufig in Anspruch genommen. Die GSS arbeitete als Fachstelle in verschiedenen externen und internen Arbeitsgruppen mit (z. B. Lehrplanrevision 96, Projekt Sonnhalde Worb, Frauenförderung Stadtverwaltung, Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch usw.).

2.2.6.2 *Besondere Aktivitäten*

Im Frühjahr führte die GSS zusammen mit verschiedenen Organisationen der Frauen- und Erwachsenenbildung im Käfigturm Bern eine Ausstellung und eine Aktionswoche zum Thema «Weiterbildung für Frauen» durch. Das Projekt war erfolgreich: Ausstellung und Workshops wurden während der kurzen Zeit (26. April bis 7. Mai) von ca. 1300 Frauen und Männern besucht, die Ausstellungszeitung «Laufbahnblick» in nahezu 10000 Exemplaren verteilt.
Publikationen: Die Untersuchung «Politische Vorstösse als Instrument der Gleichstellung» zeigt anhand der Vorstösse im Grossen Rat von 1981 bis 1993 Erfolg und Umsetzung der gleichstellungsrelevanten parlamentarischen Arbeit auf. Das GSS-Bulletin Nr. 7 widmete sich der Hausarbeit, Nr. 8 den Frauenorganisationen in den Regionen. In Zusammenarbeit mit der Kantonalen Frauenkommission erschien die geschlechtsspezifische Medienanalyse «Frauen und Männer im Wahlkampf». Ein Faltprospekt («Die Gleichstellungsstelle ist für Sie da») gibt Auskunft über die Dienstleistungen der GSS. Der Bericht «Sag mir, wo die Mädchen sind...?» beleuchtet kritisch die Situation von Mädchen innerhalb der offenen Jugendarbeit (Versand Anfang 1995).
Die GSS war Gastgeberin der Herbstkonferenz der Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten. Gegen hundert Personen aus Kreisen von Politik und Frauenorganisationen waren beim frauenpolitischen Vorabendgespräch im Rathaus anwesend, welches die GSS anlässlich dieser Tagung organisierte.

2.2.6.3 *Kantonale Frauenkommission*

Die Kommission unternahm zu Beginn des Jahres verschiedene Aktivitäten für die Erhöhung des Frauenanteils in den Räten (Handzettel, Aktionstag, Podiumsveranstaltung usw.) und gab mit der GSS zusammen die oben erwähnte Medienanalyse heraus. Sie schloss ihre Arbeit zu den Wahlen 94 mit einer Pressekonferenz am 13. Juni 1994 ab. Das Thema Frauenarbeit und Wirtschaftskrise beschäftigt die Kommission weiterhin: Im Rahmen eines Beschäftigungsprogrammes konnte in der Gemeinde Worb eine Befragung durchgeführt werden, die die Situation der arbeitslosen Frauen näher untersucht. Die Kommission hat eine Fachveranstaltung durchgeführt und Vorarbeiten zum Thema «Wirkungen von Sparmassnahmen auf Frauen» eingeleitet.
Im Berichtsjahr hat sich die Kommission in Stellungnahmen zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Mutterschaftsversicherung geäussert sowie zur Änderung der Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten. Mit einem von 70 Frauenorganisationen im ganzen Kanton Bern unterzeichneten Brief an den Grossen Rat hat sie sich zudem für die Weiterführung der GSS eingesetzt.

2.3 Personal

2.3.1 Übersicht

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 1994

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen (ohne STEBE-Aushilfen)

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Amt für Zentrale Dienste[1]	31	17	29,75	12,00	41,75
Amt für Sprachendienste	5	4	4,80	3,30	8,10
Staatsarchiv	12	3	12,00	1,80	13,80
Amt für Information und Öffentlichkeitsarbeit	5	3	4,20	1,80	6,00
Ratssekretariat	4	3	3,50	2,80	6,30
Kantonale Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	0	2	0,00	1,50	1,50
Total Staatskanzlei per 31. 12. 94	57	32	54,25	23,20	77,45
Vergleich zum Vorjahr	58	37	54,50	27,25	81,75
STEBE-Aushilfen per 31. 12. 94[2]	2	6	0,50	2,75	3,25
Vergleich zum Vorjahr	0	4	0,00	2,45	2,45

[1] Einschliesslich Redaktorin des Tagblattes des Grossen Rates, Sekretariat Staatsschreiber und Fachstelle für das Ausstellungswesen
[2] Amt für Zentrale Dienste: 5 Personen bzw. 2,25 Stellen
Amt für Sprachendienste: 2 Personen bzw. 0,80 Stellen
Staatsarchiv: 1 Person bzw. 0,20 Stellen

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 1994

Verwaltungseinheit	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Reservepool[2]
Amt für Zentrale Dienste[1]	3773.40	3600.06	173.34
Amt für Sprachendienste	1044.00	959.70	84.30
Staatsarchiv	1188.00	1191.34	– 3.34
Amt für Information und Öffentlichkeitsarbeit	648.00	606.60	41.40
Ratssekretariat	664.96[3]	686.60	98.36
Kantonale Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	168.00[3]	214.20	25.20
Total Staatskanzlei per 31. 12. 94	7486.36	7258.50	419.26
Vergleich zum Vorjahr	7540.60	7269.62	438.38

[1] Einschliesslich Redaktorin des Tagblattes des Grossen Rates, Sekretariat Staatsschreiber und Fachstelle für das Ausstellungswesen
[2] Abgaben an Regierungsrats-Reservepool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass der Reservepool nicht dem Ergebnis aus dem Punkteetat abzüglich der verbrauchten Punkte entspricht
[3] Ohne Punkte aus dem Regierungsrats-Reservepool

2.3.2 Personelle Änderungen auf Führungsebene

Auf Ende März trat Jacqueline Etter, lic. phil., nach über 26jähriger Tätigkeit beim Kanton Bern als Vizestaatsschreiberin und Vorsteherin des Amtes für Sprachendienste zurück. Als Nachfolger wählte der Regierungsrat mit Amtsantritt am 1. April Michel Schwob, lic. iur., bisher Adjunkt im Direktionssekretariat der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion.

2.3.3 Aus- und Weiterbildung

Das Amt für Information und Öffentlichkeitsarbeit (AIÖ) organisierte in Zusammenarbeit mit dem Amt für Zentrale Dienste (AZD), dem Amt für Sprachendienste (ASD) und externen Referenten insgesamt vier Informations- und Einführungsveranstaltungen zum neuen Informationsgesetz zugunsten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentral- und Bezirksverwaltung, die von über 350 Personen besucht wurden. Gemeinsam mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung bereitete die Staatskanzlei zudem gleichartige Informationsveranstaltungen für die Gemeinden und gemeinderechtlichen Körperschaften im Januar 1995 vor.
Der Zentrale Übersetzungsdienst (ZUD) hat ein Terminologieseminar veranstaltet (zwei Kurstage gefolgt von einer Sitzung mit praktischen Arbeiten), das sich an die zehn Übersetzerinnen und Übersetzer richtete, die bisher noch keine Ausbildung in Terminologie genossen hatten.
Die Arbeitsgruppe «Taten statt Worte» (AGTsW) hat im August einen Weiterbildungskurs für die Mitarbeiterinnen der Staatskanzlei durchgeführt, der die Bewältigung des Berufsalltags zum Thema hatte.

2.4 Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik

Stand per 31.12.1994

1.2 Europäische Integration	
Aktive Beteiligung an interkantonalen Institutionen, die sich mit Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit befassen sowie an europäischen Gremien. (2)	Die Charta der Arbeitsgemeinschaft Jura (AGJ, CTJ) wurde vom Grossen Rat genehmigt und vom Regierungsrat unterzeichnet. Der Kanton Bern war aktiv an der Ausarbeitung eines operationellen Programms im Rahmen der europäischen Initiative INTERREG II beteiligt. 1994: Unterzeichnung der Charta, Vorbereitung des Programms INTERREG II.
1.3 Zusammenarbeit mit Bund und Kantonen	
Beteiligung des Berner Juras an den Projekten des Jurabogens (Arc jurassien) gewährleisten und erleichtern. (2)	Die neue Charta der Arbeitsgemeinschaft Jura (AGJ, CTJ), die seit Anfang dieses Jahres in Kraft ist, verstärkt die Rolle des Berner Juras innerhalb der AGJ. 1994: Unterzeichnung der Charta, erste Sitzungen des AGJ-Rates.
Konstruktiven Dialog mit dem Kanton Jura aufnehmen. (1)	Der Dialog wurde zu Jahresbeginn aufgenommen und mündete im Abschluss der Vereinbarung vom 25. März mit dem Kanton Jura und in der Bildung der Interjurassischen Versammlung. 1994: Abschluss der Vereinbarung, Bildung der Interjurassischen Versammlung.
1.4.2 Regionen (insbesondere Berner Jura)	
Umsetzung des Gesetzes über die Verstärkung der politischen Mitwirkung des Berner Jura und der französischsprachigen Bevölkerung des Amtsbezirks Biel (MBJG); Zusammenarbeit von Region und Kantonsverwaltung mit dem Regionalrat; Bildung des Regionalratssekretariats. (1)	Der Regionalrat hat sich konstituiert und ist zu vier Sitzungen zusammengetreten. Das Sekretariat wurde gebildet und wird seine Arbeiten Anfang 1995 aufnehmen. 1994: Aufnahme der Aktivitäten des Regionalrats, Errichtung des Regionalsekretariats.
1.6.1 Regierungsrat	
Verbesserung der Planungsinstrumente (Richtlinien der Regierungspolitik und Finanzplan). Instrumente zur integrierten Aufgaben- und Ressourcensteuerung entwickeln und ggf. einführen. (1)	Es handelt sich um mittelfristige Ziele, die im Rahmen der während der Dezember-Session 1994 erteilten Aufträge zu erreichen sind. 1994: Erarbeitung der Regierungsrichtlinien 1994–1998 und des Finanzplans.
Durchführung von Klausurtagungen. (1)	1994: 11 Klausurtagungen.
Koordination von Regierungs- und Parlamentsreform. (2)	1994: Verabschiedung des Entwurfs zum Gesetz über die Organisation des Regierungsrats und der kantonalen Verwaltung.
Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips und des Informationsgesetzes. (1)	Der Regierungsrat hat die Verordnung über die Information der Bevölkerung verabschiedet. Die Staatskanzlei hat in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung und Vertretern der Gemeinden eine Dokumentation erstellt. Für die Kantonsverwaltung wurden vier Einführungs- und Informationsveranstaltungen durchgeführt. 1994: Dokumentation und Information der Kantonsverwaltung.
1.6.3 Öffentlichkeitsarbeit	
Medienausbildung des Kaders intensivieren und neues Ausbildungskonzept realisieren. (2)	Die Erfahrungen im Pilotjahr 1994 mit dem neuen Konzept wurden ausgewertet; die Erkenntnisse fliessen laufend in Kursprogramm und -gestaltung ein. 1994: Pilotjahr 1994 in Zusammenarbeit mit Personalamt ausgewertet
PR-Konzept überarbeiten und neu definieren. (2)	Die Arbeiten wurden Ende 1994 aufgenommen. 1994: Arbeiten aufgenommen.
Erscheinungsbild auf Praxisnähe überprüfen und überarbeiten. (2)	Die Überprüfung wurde eingeleitet, ein praxisnaher Leitfaden ist in Vorbereitung. 1994: Leitfaden in Vorbereitung
EDV-Vernetzung ausbauen und Zugriffsmöglichkeiten verbessern. (2)	Das projektierte Weitbereichskommunikationsnetz der Finanzdirektion wird eine wesentliche Verbesserung ermöglichen. 1994: Keine Aktivitäten des AIÖ.
Online-Verbindungen extern aufbauen. (2)	Erste Vorabklärungen wurden mit Gesprächen mit der Schweizerischen Depeschenagentur getätigt. 1994: Gespräche mit Schweizerischer Depeschenagentur.
Aktualitätsbezogene Information und Berichterstattung über die Themen, die für das Personal relevant sind, sicherstellen. (3)	1994: Keine besonderen Aktivitäten.
Förderung von publikumsgerechter Präsentation historischer Zusammenhänge in Ausstellungen, Publikationen und Vorträgen. (2)	Im Staatsarchiv wurde intensiv an einer Ausstellung über Karten und Pläne gearbeitet, die im Januar 1995 eröffnet wird. 1994: Vorbereitung der Ausstellung.
1.7 Staatsverwaltung	
Stärkung der Juradelegation des Regierungsrates und Neuausrichtung der Anstrengungen der kantonalen Behörden zugunsten des Berner Juras gemäss Postulat Graf (P 110/93). (2)	Die Auswertung der Anhörungen, die dem Bericht über die Romands im Kanton Bern gewidmet waren, konnte nicht abgeschlossen werden. 1994: Durchführung von zehn konferenziellen Anhörungen.
Ausbau des beruflichen Aus- und Weiterbildungsangebots des Amts für Sprachendienste sowie der Zusammenarbeit zwischen den Übersetzungsdiensten und des Terminologiedienstes der Zentralverwaltung. (2)	Im September und Dezember fand ein Terminologieseminar für die Übersetzerinnen und Übersetzer statt, die noch keine Ausbildung in Terminologie genossen hatten. 1994: Durchführung eines Terminologieseminars.
7.3 Personalpolitik	
Richtlinien zur Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen in der Verwaltung erlassen und konsequent umsetzen. (2)	Mitbericht und Diskussion im Regierungsrat haben stattgefunden. Überarbeitung in Auftrag gegeben. 1994: In Diskussion.

2.5 Gesetzgebungsprogramm (Übersicht)

Stand per 31. 12. 1994

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung
2.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien		
– Medienförderungsgesetz	1	1996
2.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
–	–	–
2.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
–	–	–
2.5.4 Andere Gründe		
– Vellerat-Gesetz	7	–
– Gesetz über den Grossen Rat, (Grossratsgesetz), Teilrevision 1996	1	1995
– Geschäftsordnung für den Grossen Rat, Teilrevision 1996	0	–

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen
1 = in Ausarbeitung
2 = in Vernehmlassung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet
4 = von der Kommission behandelt
5 = vom Grossen Rat verabschiedet
6 = Referendumsfrist läuft
7 = vor der Volksabstimmung
8 = zurückgewiesen

2.6 Informatik-Projekte (Übersicht)

Stand per 31. 12. 1994

Dienststelle Projekt/Anwendung	Investition[1] TFr.	Produktionskosten[2] bei Vollbetrieb TFr.	Produktionskosten[2] im Berichtsjahr TFr.	Realisierungszeitraum
1130.100.199 KAWASYS	269	in Kosten «NR-Wahlen 95»	–	1992–1994
1130.100.205 NESTA	390	–	–	1992–1995
1130.500.201 GRIS	4408	426	–	1990–1997
1130.500.202 Elektronische Abstimmungsanlage	360	nicht bekannt	–	1991–1995

[1] Summe gemäss Informatik- bzw. Investitionsplan
[2] Folgende Konten werden berücksichtigt:
a Konto 3158 (Hardware-Wartung)
b Konto 3186 (Bedag RZ-Leistungen)
c Konto 3188 (Software-Wartung)

2.7 Andere wichtige Projekte

Projekt	Stand der Arbeiten 31.12.94	geplanter Abschluss
Zweisprachigkeit		
– Die Romands im Kanton Bern	Synthesebericht in Bearbeitung	1995
Organisation		
– Auflösung der Fachstelle für das Ausstellungswesen	Teilprojekt in Erarbeitung	1995
– Controlling in der Staatskanzlei	Projekt läuft	dauernde Aufgabe
Bauliche Massnahmen		
– Umbau Postgasse 68–72	2. Etappe (Postgasse 70/72) in Ausführung	1995
– Technische Nachrüstung Rathaus	RRB Ende 1994 verabschiedet	1995
Information und Öffentlichkeitsarbeit		
– Überprüfung Organisationsstruktur AIÖ und PR-Dienst	Projekt läuft	Ende 1995
– Broschüre «Der Kanton Bern in Zahlen»	in Erarbeitung	November 1995
– Broschüre/didaktische Mittel «Der Kanton Bern kurz gefasst»	in Erarbeitung	Ende 1995
Gleichstellung		
– Zur Situation der Mädchen in der offenen Jugendarbeit	Bericht vorhanden; Modellkonzept für Mädchentreff in Arbeit	Frühjahr 1995
– Projekt Arbeitsplatz Familie – Arbeitsplatz Beruf	Forschungsprojekt zum Qualifizierungspotential der Hausarbeit; Finanzierung erfolgreich abgeschlossen, Projektbeginn Februar 1995	voraussichtlich Ende 1996
– Frauenarbeit und Wirtschaftskrise	Untersuchung in der Gemeinde Worb, Kriterien, Empfehlungen	Frühjahr 1995

2.8 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

2.8.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

2.8.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Berner Jura

Motion 88/93 Bangerter vom 3. Mai 1993 betreffend Bericht der Jurakonsultativkommission (angenommen am 23.6.1993).
Die Anliegen der Motion werden mit der Gründung der interjurassischen Versammlung wahrgenommen.

Ederswiler und Vellerat

Motion 346/87 Schmied, Moutier, vom 25. August 1987 betreffend Lösung in bezug auf die kantonale Zugehörigkeit der Gemeinden Vellerat und Ederswiler (angenommen am 9.2.1988, Fristerstreckung bis 1992 gewährt am 6.11.1990).
Während der November-Session 1994 ist das Vellerat-Gesetz durch den Grossen Rat in zweiter Lesung verabschiedet worden.

Grosser Rat

Postulat 435/91 Voiblet vom 18. Dezember 1991 betreffend Probleme im Zusammenhang mit Situation und parlamentarischer Tätigkeit von kantonalen Abgeordneten (angenommen am 11.11.1992).

Postulat 21/92 Bieri, Belp, vom 28. Januar 1992 betreffend die Arbeitssituation von Grossrätinnen und Grossräten und ihre Verbesserung (Punkt 4 bis 6 zurückgezogen, Punkt 1 bis 3 und Punkt 7 angenommen am 12.11.1992).
Die vom Grossen Rat verlangte Prüfung und Berichterstattung zu Fragen und Forderungen im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen des Grossen Rates und der Vereinbarkeit von Berufs- und Parlamentsarbeit wurde vorgenommen. Verschiedene Forderungen wurden in Massnahmen umgesetzt. Deshalb lehnte der Grosse Rat am 7. November 1994 auf Antrag der GPK die Fristverlängerung für diese Vorstösse ab, so dass die Postulate abgeschrieben werden können.

Gleiche Rechte für Frauen und Männer

Motion 63/89 Zulauf vom 21. Februar 1989 betreffend weibliche und männliche Berufsbezeichnungen (angenommen als Postulat am 29.8.1989, Fristerstreckung bis 1993 gewährt am 4.11.1991).
Der Kanton Bern kennt, was die Gesetzessprache betrifft, die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter (vgl. Richtlinien der Redaktionskommission vom 11.12.1992). Auch in der Verwaltungssprache allgemein hat sich die Anwendung geschlechtsneutraler und/oder geschlechtsspezifischer Formen weitgehend durchgesetzt. Die Kantonale Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern hat sich wiederholt für eine geschlechtsneutrale Sprache eingesetzt (vgl. z.B. Katalog der rechtlichen Ungleichheiten in der Gesetzgebung des Kantons Bern; Tätigkeitsbericht 1990–1994). Der Kanton Bern ist in einer vom Bundesrat eingesetzten Gruppe vertreten, die einen Leitfaden zur sprachlichen Gleichbehandlung im Deutschen erarbeitet. Dieser Leitfaden wird auch ein Verzeichnis von besonderen Fällen bei den Personen- und Berufsbezeichnungen enthalten. Was die französische Sprache betrifft, liegt ein umfassendes Verzeichnis vor (Dictionnaire féminin-masculin des professions, titres et fonctions électives). Anzustreben ist grundsätzlich eine Richtlinie, die die sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Verwaltungssprache generell regelt (vgl. z.B. Kanton Schaffhausen, Stadtverwaltung Zürich).

Medien

Motion 83/89 Büschi vom 23. Februar 1989 betreffend Einrichtung einer Videoanlage für das Rathaus-Studio von Radio DRS (angenommen als Postulat am 29.8.1989, Fristerstreckung bis 1993 gewährt am 4.11.1991).
Der Grosse Rat hat während der Juni-Session zustimmend vom Bericht «Rathaus Bern», technische Infrastruktur in den Bereichen Erneuerung Lüftungsanlage, Ersatz der Telefonzentrale und Installation einer elektronischen Abstimmungsanlage, Kenntnis genommen. Zur Installation eines Leitungsträgers wurde ebenfalls zustimmend Kenntnis genommen. Die in Aussicht gestellte Möglichkeit der Übertragung der Ratsdebatten in Ton und Bild in verschiedene Lokalitäten des Rathauses wurde jedoch ablehnend zur Kenntnis genommen. Das Postulat kann somit als erledigt abgeschrieben werden.

Motion 230/89 Wehrlin vom 13. September 1989 betreffend Einführung des Zeugnisverweigerungsrechts für Journalisten im bernischen Strafverfahren (angenommen als Postulat am 6.2.1990, Fristerstreckung bis 1994 gewährt am 4.11.1992).

Postulat 247/89 Büschi vom 14. September 1989 betreffend Regelung des Zeugnisverweigerungsrechts für Medienschaffende (angenommen am 6.2.1990, Fristerstreckung bis 1994 gewährt am 4.11.1992).
Das Auskunftsverweigerungsrecht der für Medien tätigen Berufsleute wird im Gesetz über das Strafverfahren geregelt. Der Grosse

Rat hat dieses Gesetz während der November-Session 1994 in erster Lesung behandelt.

2.8.1.2 *Ausserordentliche Abschreibung*

Keine.

2.8.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**

2.8.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Zweisprachigkeit

Postulat 269/92 Houriet vom 10. Dezember 1992 betreffend Zweisprachigkeit (angenommen am 23. 6. 1993).
Der Erlass eines Sprachengesetzes gehört nicht zu den prioritären Aufgaben. Allfällige weitere Überlegungen können gemacht werden, wenn der neue Text von Artikel 116 Bundesverfassung (Sprachenartikel) bekannt ist.

Berner Jura

Postulat 110/93 Graf, Moutier, vom 10. Mai 1993 für eine stärkere Rolle der Jura-Delegation des Regierungsrates (angenommen am 2. 11. 1993).

Postulat 216/93 Verdon vom 16. September 1993 betreffend Massnahmen für eine professionelle und glaubwürdige Information, die in bezug auf die französischsprachigen Bernerinnen und Berner sowie ihre Regionen auf Tatsachen beruht (angenommen am 16. 3. 1994).
Der Synthese-Bericht zu den Hearings über die Studie von Herrn D. Haenni wird 1995 erstellt. Er wird Grundlage bilden u. a. für Überlegungen über die Aufgaben der Jura-Delegation wie auch über das Informationsproblem.

Grosser Rat

Postulat 24/93 Bhend vom 25. Januar 1993 betreffend mehr ständige Kommissionen (angenommen am 3. 5. 1993).

Postulat 226/93 Marthaler vom 1. November 1993 betreffend Überprüfung des Verfahrens bei Parlamentarischen Initiativen (angenommen am 15. 3. 1994).

Postulat 248/93 Boillat vom 11. November 1993 betreffend allmähliche Zweckentfremdung der Fragestunde (angenommen am 15. 3. 1994).

Motion 18/94 Benoit, Corgémont, vom 17. Januar 1994 betreffend Geschäftsordnung für den Grossen Rat (angenommen als Postulat am 5. 9. 1994).
Diese Anliegen werden in die Teilrevision 1996 des Parlamentsrechts einbezogen.

2.8.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Berner Jura

Motion 75/90 Biffiger vom 20. Februar 1990 betreffend Kulturzentrum Bellelay (alle drei Punkte als Motion angenommen am 16. 8. 1990, Fristerstreckung bis 1994 gewährt am 4. 11. 1992).
Entscheide über die Zukunft der Kliniken Bellelay werden erst 1995 gefällt.

2.8.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Keine.

2.9 **Volksinitiativen – Stand der Bearbeitung (Übersicht)**

Titel (Initiativen)	Beginn der Unterschriftensammlung	Zustandekommen	Bemerkungen
Stimmrecht für Ausländer und Ausländerinnen	4.10.91	12. 8.92	abgelehnt in der Volksabstimmung vom 4.12.1994
Lehrstuhl für Naturheilverfahren an der Universität Bern	13. 2.92	18.11.92	Rückzug am 8.4.1994
Patientenfreundlicher Medikamentenbezug	27. 2.92	18.11.92	abgelehnt in der Volksabstimmung vom 12.6.1994
Vermummungsverbot bei Demonstrationen	10. 6.92	3. 2.93	Annahme im GR: September 1994
Sonnenkollektoreninitiative	28. 8.92	10. 3.93	Rückzug am 31.8.1994
Mietzinsinitiative	1. 2.93	13.10.93	Behandlung im GR: März 1995
Wohninitiative	1. 2.93	13.10.93	Behandlung im GR: März 1995
Arbeitsloseninitiative	24.11.93	25. 5.94	Behandlung im GR: Mai 1995
Tierschutzinitiative	26. 1.94	7. 9.94	Behandlung im GR: September 1995

Bern, Februar 1995

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

Vom Regierungsrat genehmigt am 15. März 1995